

Macht oder Ohnmacht freien Handels?

Einem philippinisch-japanischem Freihandelsabkommen wird mit großem Widerstand begegnet

Als die Doha-Verhandlungsrunde der WTO 2001 zu scheitern drohte, sah sich Japan, durch das Ausbleiben von Investitionen in den Handels- sowie Dienstleistungssektor, zur Aufnahme von Gesprächen mit den ASEAN-Staaten gezwungen. Infolgedessen wurden 2002 erste Signale in Richtung eines Freihandelsabkommens mit den Philippinen gesendet. Zwei Jahre später stand der Rahmen des bilateralen Abkommens, während es weitere zwei Jahre brauchte, kritische Punkte unter zähem Ringen auszuhandeln.

Robert Weber

Gemeinsames Kind beider Staaten stellt nun das *Japanese Philippines Economic Partnership Agreement*, oder kurz JPEPA, dar.¹ Es wurde am 9. September 2006 während des sechsten *Asia Europe Meeting* in Helsinki unterschrieben und ist das erste Freihandelsabkommen der Philippinen.

Ein steiniger Weg

Beim JPEPA handelt es sich um ein Bündel von Handelskooperationen, die in ihrem Umfang als »mega-treaty« zu bezeichnen sind und weit in die philippinische Ökonomie eingreifen. Die Dimension des Vertragsgeflechtes entspricht dem Nordamerika-Freihandelsabkommen zwischen den USA und Mexiko. Dessen Verhandlungen dauerten jedoch zehn Jahre, während die Verhandlungen um das JPEPA bereits nach vier Jahren abgeschlossen waren. Die *Akbayan Citizens Action Party* wirft daher der philippinischen Regierung überstürztes Handeln vor. Denn es steht außer Frage, dass Präsidentin Arroyo einen schnellen und erfolgreichen Abschluss des Vertrages anstrebt. Seitdem die Inhalte des JPEPA jedoch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, steht dem schnellen Abschluss des Vertrages eine breite Opposition entgegen, die auf die negativen Folgen des Vertragswerkes aufmerksam macht.

Der Inhalt des Vertragstextes wurde lange Zeit der Öffentlichkeit vorenthalten, erst durch Einschreiten des Obersten Gerichtshofes sickerten vage Informationen durch, deren Bekanntwerden zu immer lauter Protesten führte.

Die Kritiker des Vertragswerkes rügen vor allem die Kernelemente des JPEPA, die neben dem zollfreien Handel von Gütern auch den Handel von Dienstleistungen und Kapital sowie die Einreise von philippinischem Pflegepersonal nach Japan vorsehen.

Unter dem geplanten zollfreien Güterverkehr sollen künftig für 95 Prozent aller philippinischen Exporte nach Japan die Zollschränken fallen. Dies heißt in erster Linie, dass die Philippinen von einem steigenden Absatz ihrer Produkte (zumeist aus landwirtschaftlicher Produktion) in Japan ausgehen können, da japanische Importeure keine Zölle mehr zahlen müssen. Jedoch betreibt Japan in großem Maße einen Schutz der eigenen Industrien und hat seinerseits 239 Güter aus dem JPEPA ausgeschlossen. Die Philippinen erheben jedoch nur noch auf Salz und Getreide Schutzzölle, was Japan die Möglichkeit eröffnet, die Philippinen mit Gebrauchtwagen, und allerlei Industrieprodukten zu überschütten. Das Ergebnis wäre eine Zerstörung der philippinischen Industriestrukturen, zugunsten einer Absatzsteigerung des primären Sektors.

Nach Wunsch der Regierung sollte das Abkommen im Jahr 2007 ratifiziert werden. Der Senat, der nach einer Reihe von öffentlichen Anhörungen über die Zukunft des Freihandelsabkommens bestimmen wird, konnte sich allerdings aus guten Gründen bisher nicht zu einer Ratifizierung entschließen. Innerhalb der Senatssitzungen trugen Staatssekretäre die

Robert Weber studiert Wirtschaft und Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum und macht zurzeit ein Praktikum beim philippinenbüro.

Vorzüge des Vertrags vor, Vertreter von oppositionellen Vereinigungen wie der *Junk JPEPA Coalition* bezeichneten das Abkommen hingegen als illegal. Die Senatoren scheinen bisher eher den Argumenten der Opposition zu folgen, die sich besser vorbereitet präsentierte als die Regierungsvertreter. Zwar steigerte die Regierung in den folgenden Sitzungen ihre Präsentationsqualitäten, konnte aber die Bedenken vieler Senatoren nicht ausräumen.

Neues Öl in das Feuer goss zudem der ehemalige WTO-Mitarbeiter und pensionierte Richter des Obersten Gerichtshofes Florentino Feliciano. Der weltweit angesehene Advokat begutachtete das Regelwerk des JPEPA und stellte erhebliche Verstöße gegen die philippinische Verfassung fest. So zum Beispiel durch Anhang sieben, der es japanischen Unternehmen ermöglicht, sich in öffentliche Einrichtungen einzukaufen und sich philippinisches Land und dessen Rohstoffe anzueignen. Dies würde verschiedene Gesetzesverstöße bedeuten.

Pfleger erwünscht

Mit Beginn des Jahres 2007 begann in Japan die einstige Babyboom-Generation in den Ruhestand zu gehen. Da das japanische Sozialsystem bereits jetzt in punkto Pflegepersonal an seine Grenzen stößt und Prognosen von bis zu 7,5 Millionen Beschäftigten im Gesundheitsbereich im Jahr 2010 ausgehen, wurde im Rahmen des JPEPA beschlossen, den Pflegemarkt für 400 philippinische Krankenschwestern sowie 600 Pflegekräfte zu öffnen.

Wo Japan das Thema Arbeitsmigration erstmals im eigenen Interesse behandelt und nur von den Vorzügen billiger Arbeiter ausgehen kann, sehen Kritiker die Philippinen hingegen klar im Nachteil. Japan erwartet von den Krankenschwestern Berufserfahrung, bevor sie die Möglichkeit der Einreise in das Land der aufgehenden Sonne erhalten. Pflegekräfte müssen ein vierjähriges Universitätsstudium im Pflegebereich vorweisen können, während japanische Pflegekräfte lediglich einen einfachen Schulabschluss benötigen.



Quelle: Archiv

Das Bleiberecht der philippinischen Pflegekräfte hängt dann von ihren japanischen Sprachkenntnissen ab: Erst muss ein sechsmonatiger Sprachkurs erfolgreich bestanden werden, dann kann das Arbeitsvisum bis zu dreimal verlängert werden.

Mit Beginn ihres Arbeitsverhältnisses beginnen die philippinischen Kräfte erst eine drei Jahre andauernde »Lehre«, in der sie in Pflegeanstalten und Krankenhäusern eingearbeitet werden.

Kritisiert wird weiterhin, dass die Zahl der Pflegekräfte auf 1000 begrenzt ist, während die philippinischen Krankenpflegerschulen, aus Hoffnung der Schüler auf attraktive Jobs im Ausland, mit ihrer immensen Schülerzahl von knapp 630.000 aus allen Nähten platzen. Die Philippinen haben laut Vertragsunterhändlern nicht viel Verhandlungsmacht, da Japan infolge von Freihandelsverträgen mit anderen asiatischen Ländern Zugang zu weiteren Pflegekräften hat. So wird zum Beispiel Indonesien, das auch in Verhandlungen mit Japan steht, ebenfalls 1000 Arbeiter aus dem Gesundheitsbereich in den japanischen Arbeitsmarkt schicken.

Die Philippinen als Müllhalde Japans

Darf ein Land Giftmüll exportieren? Wenn es nach der Basler Konvention von 1989 geht, die Japan und die Philippinen unterzeichnet haben, herrscht striktes Handelsverbot von Giftmüll sowie medizinischen Abfällen. Jedoch fallen laut den Papieren des JPEPA nicht nur für bestimmte Nahrungsmittel und Elektronik Elemente die Zollschranken, sondern ebenso für besagten Sondermüll. Während für andere Handelspartner der Philippinen weiterhin 30 Prozent Zollgebühren auf Giftmüll anfallen, würde das Abkommen die Möglichkeit für Japan eröffnen, seine giftigen Abfälle, zu denen auch nuklearer Abfall zählt, in großem Maße auf den Philippinen zu entsorgen. Da Japan momentan im Müll erstickt, sucht es nach Alternativen zur Müllverbrennung.²

In einer Art Nebenübereinkunft des Vertrages wird aufgeführt, dass Japan in Übereinkunft mit der Basler Konvention und der philippinischen Verfassung keinen Giftmüll exportieren wird. Zum Problem wird allerdings, dass die philippinischen Giftmüll-Gesetze mit zu den Schwächsten in ganz Südostasien zählen und die Einfuhr von Giftmüll zum Zweck der Wiederverwertung gestattet ist. Und obwohl beide Staaten der Konvention zustimmten, haben sie nicht dem Basler Sperrabkommen zugestimmt, das die Wiederaufarbeitung verbietet. Und damit stellt sich die Frage: wenn ein hoch entwickeltes Land wie Japan nicht in der Lage ist, seines Mülls Herr zu werden, wie sollen dann die Philippinen, denen es schon an einer vernünftigen Geset-

zesgrundlage mangelt, in der Lage sein, nuklearen Abfall sicher zu recyceln?

Füttern verboten!

Rückenwind bekommt der Vertrag besonders von international agierenden Großunternehmen, die in ihm eine einmalige Chance sehen, sich Japan als mächtigen Wirtschaftspartner zu sichern. Sollte der Vertrag nicht ratifiziert werden, so stelle dies die Philippinen bei künftigen Verhandlungen mit den Nachbarländern in ein schlechtes Licht.

Die »big player« haben dem Senat als Symbol ihres Standpunktes ein Manifest zugesandt und ihn zur Absegnung aufgefordert. Im Manifest wird behauptet, dass durch den Vertrag das Investitionsklima begünstigt würde und dies die Philippinen als herausragenden Standort in Asien aufwerte.

So wirbt das philippinische Landwirtschaftsministerium zum Beispiel damit, dass landwirtschaftliche Exporte nach Japan, im Wert von über 353 Millionen US-Dollar, zur Sicherung der Existenz von Bauern beitragen würden. Doch sieht die Realität weitaus komplexer aus.

Die militante Bauernbewegung KMP fürchtet Landenteignungen im großen Stil und die fortschreitende Verarmung der ohnehin schon gebeutelten ländlichen Bevölkerung. Bei den angepriesenen Nahrungsexporten nach Japan handele es sich vorwiegend um Bananen und Ananas der Firmen Dole und Del Monte. Jedoch müssten den Fruchtplantagen vermehrt Reis- und Getreideflächen weichen, was zu einer Abnahme des Nahrungsmittelangebots für die philippinische Bevölkerung führen würde. Zudem stiege mit der Zunahme an Plantagen auch die Nutzung giftiger Pestizide.

Auch abseits der Landwirtschaft regt sich Widerstand von Arbeitern der Elektro- sowie der Automobilindustrie. Beschäftigte der japanischen Fabriken in den Philippinen sind bereits jetzt erheblichen Gesetzesverstößen seitens der Unternehmensführung ausgesetzt. In Firmen wie Toyota oder Toshiba kommt es immer wieder zu Einschränkungen der Gewerkschaftsbildung, sexueller Belästigung oder sogar dem Tod von Arbeitern durch Überarbeitung.³

Aber nicht nur auf Unternehmensebene gibt es viele Kontroversen. Lokale Fischer fürchten, dass nach Ratifizierung des JPEPA japanische Fischereischiffe die philippinischen Gewässer völlig abfischen werden und somit die Arbeitsgrundlage tausender Fischer zunichte machen könnten. Deswegen hat es sich der linksgerichtete Fischerverband *Pamalakaya*, wie viele andere Organisationen

auch, zur Aufgabe gemacht, öffentlich gegen das Vertragsgebilde vorzugehen und sammelt weltweit Unterschriften und Stimmen verwandter Organisationen, um sie dem Senat vorzulegen.

Eine lang erwartete Entscheidung

Die Zukunft des JPEPA liegt nun in den Händen von 23 Senatoren. Nach bisherigen Einschätzungen steht der Senat dem JPEPA nicht sonderlich wohlwollend gegenüber. Einige Senatoren, wie Benigno Aquino III, bekennen sich öffentlich gegen den Vertrag, während der Standpunkt der Mehrheit nicht eindeutig zu klären ist. Die Vorsitzende der Vertragsverhandlungen, Senatorin Miriam Defensor Santiago erklärte den Vertrag in seiner derzeitigen Form schon frühzeitig für gestorben. So wie Richter Felicianos sieht auch sie den Vertrag als unrechtmäßig an. Neben der anstehenden Abstimmung, in der zur Ratifizierung eine 2/3-Mehrheit erreicht werden muss, steht auch noch ein Gerichtsurteil des Obersten Gerichtshofes aus, das den Vertrag unter Umständen für verfassungswidrig erklären könnte. Dies wäre das Aus für das JPEPA, da aufgrund der bereits erfolgten Zustimmung des japanischen Parlaments keine Neuverhandlung möglich ist.

Santiago machte vor kurzem mit dem Plan auf sich aufmerksam, einen Untervertrag zu entwerfen, der strittige Punkte, wie das Giftmüllproblem, klären soll. Darin solle Japan eine Erklärung abgeben, dass die philippinische Verfassung den Vorrang vor dem Vertragswerk des JPEPA einnehmen wird. Santiago erhält dabei Rückenwind seitens japanischer Diplomaten, die ein Zusatzabkommen regelrecht begrüßen, um eine schnellstmögliche Ratifizierung zu erreichen.

(K)Ein Ende in Sicht?

Alle Optionen zusammengenommen, gibt es momentan drei mögliche Szenarien in Bezug auf die weitere Verfahrensweise um das JPEPA. Die erste Möglichkeit sieht eine Ratifizierung inklusive eines Unterabkommens vor. Das zweite Szenario wäre die Nicht-Ratifizierung durch den Senat, was aber die Zukunft weiterer bilateraler Abkommen mit anderen Ländern gefährden könnte. Und die dritte Alternative stellt die Erklärung der Verfassungswidrigkeit des JPEPA durch den Obersten Gerichtshof der Philippinen dar. Welches Szenario schlussendlich eintreten wird, ist zurzeit schwer vorauszusagen. Ständig entflammt neue Kritik an dem Vertrag. Vor kurzem erst erregte ein Kredit über 173 Millionen US-Dollar der *Japan Bank for International Cooperation* (JBIC) für die Philippinen die Gemüter oppositioneller Kräfte. Diese bezeichneten den Kredit

als Bestechungsversuch, um die Ratifizierung zu beschleunigen.

Solche und ähnliche Vorfälle sind es, die die Stimmung gegen den Vertrag weiter aufheizen. Der Senat täte gut daran, das JPEPA nicht zu ratifizieren. Das Vertragswerk würde steigende Arbeitsrechtsverletzungen, Landenteignungen und zunehmende Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Dafür müsste Manila allein 79 bis 117 Millionen US-Dollar im ersten Jahr nach Inkrafttreten investieren, bevor sich diese Ausgaben eventuell in Form von Auslandsinvestitionen rentieren würden.

Ein Hauptziel von Freihandelsverträgen ist es, Vorteile bei der Güterverteilung sowie eine Steigerung des Außenhandels zu erreichen. Nur erscheint diese Verteilung aufgrund der im JPEPA festgelegten Zollbestimmungen für den Güterverkehr relativ ungleichmäßig. Des Weiteren würden durch den aufkommenden Wettbewerb viele lokale Unternehmen wegen fehlender finanzieller Mittel und staatlicher Unterstützung ins Abseits geraten.

Die Entscheidung über die Zukunft des JPEPA inklusive der oben genannten Folgen für die Philippinen wird in den nächsten Monaten fallen, sollte es nicht zu weiteren Verzögerungen kommen. Sollten die Senatoren ihrer Funktion als Vertreter des Volkes gerecht werden, so kann es, in den Worten einer oppositionellen Organisation ausgedrückt, nur noch heißen: »Junk JPEPA!«

— Anzeige —

Friedensarbeit in den Philippinen

Neue Projekte auf Bondoc, Negros
und Mindanao

Werde MenschenrechtsbeobachterIn
in einem 7-monatigen Einsatz ab
Sommer 2008

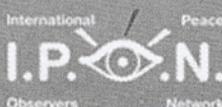
Vorbereitungsseminar vom 28.-30.
März in Berlin

Teilnahmegebühr: 30 Euro
inklusive Übernachtung, Verpflegung; Fahrt-
kosten werden teilweise erstattet

Anmeldung und Informationen:

info.ipon@gmail.com

www.ipon-philippines.org



IPON ist eine gemeinnützige Organisation, die freiwillige Menschenrechtsbeobachter in Konfliktgebiete auf den Philippinen entsendet. Die Beobachter werden in zwei Seminaren auf ihren Einsatz vorbereitet und ein Großteil der anfallenden Kosten für den Einsatz wird von IPON getragen.

Anmerkungen

- 1) Die Handelsbeziehungen zwischen den Philippinen und Japan gehen bis auf das Jahr 1956 zurück. Angefangen mit Reparationszahlungen der Japaner, über verschiedene Handelsabkommen, wurde das Land, nach den USA, der zweitwichtigste Handelspartner der Philippinen.
- 2) Deshalb kam es in der Vergangenheit schon mehrmals zu illegalen Transporten in das Ausland, unter anderem auf philippinisches Festland.
- 3) So gelang es beispielsweise nach einem 15-jährigen Kampf bei Toyota eine Gewerkschaft zu bilden, bald darauf wurden jedoch alle 300 Gewerkschaftsmitglieder entlassen.

Quellen

www.bilaterals.org/rubrique.php3?id_rubrique=113

www.inquirer.net/

www.ban.org/ban_news/2006/061025_encourage_trade.html

www.fairtradealliance.org/?cat=14

www.junkjpepa.blogspot.com/

I.P.O.N.

Präsenz

Begleitung

Beobachtung

Freiwillige im
Einsatz für die
Menschenrechte